



„Wenn ich Naturwissenschaft betreibe, ist das nichts, was von Gott losgelöst ist, sondern ich entdecke etwas über die Schöpfung selber. Und die erzählt auch etwas über den Schöpfer“, sagte der Astrophysiker Heino Falcke im vorigen Jahr im pro-Interview. Er ist einer der Ideengeber für das Projekt, ein Schwarzes Loch zu fotografieren. Das Ergebnis präsentierte das internationale Team des „Event Horizon Telescope“ am Mittwoch auf sechs Pressekonferenzen rund um den Globus.

Foto: Event Horizon Telescope

proKOMPAKT
pro-medienmagazin.de

Liebe Leserin, lieber Leser!

Der Bundestag hat am Donnerstag über vorgeburtliche Blutttests auf Trisomien debattiert. Diese Tests, die anders als Fruchtwasseruntersuchungen ohne Eingriff auskommen, sollen Kassenleistungen werden.

Der Gendefekt, dass das 21. Chromosom dreimal statt nur zweimal im Erbgut vorliegt, ist keine Krankheit. Er kann nicht geheilt werden. Ein solcher Test sagt also nur, ob ein ungeborenes Kind mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit Trisomie 21 hat oder nicht – Fehler nicht ausgeschlossen. Und dann? Schon im Vorfeld der Debatte hat es zahlreiche öffentliche Wortmeldungen und Stellungnahmen dazu gegeben. Denn sollten diese unkomplizierten Tests regulär von den Kassen finanziert werden, könnten noch mehr Kinder mit Down-Syndrom abgetrieben werden.

Was es bedeutet, als Eltern zu erfahren, dass das Kind mit Behinderung zur Welt kommt, mag nur der ermesen, den es betrifft. Aber stürzt nicht erst dies Eltern in ein unerträgliches Dilemma: das Wissen um die Diagnose und um die grundsätzliche Möglichkeit einer Abtreibung, sowie der gesellschaftliche Druck, ja, die Erwartung, eine solche in diesem Fall durchzuführen?

Für Menschen mit Behinderungen wird bereits vieles getan, damit sie möglichst ohne Hindernisse am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Aber warum erst nach der Geburt? Wir brauchen ein Klima, das jeden Neugeborenen unbedingt und selbstverständlich willkommen heißt. Das wird Eltern im Zweifel mehr helfen als ein Test, der sie vor die Frage stellt: Ja oder Nein.

Auch darüber hinaus brauchen wir die Haltung, das Unperfekte, Gebrechliche, Schwache in unsere Mitte hineinzunehmen. Jeder kann von einem Moment auf den anderen zu einem Pflegefall, von einem Leistungsträger zum

Hilfeempfänger werden. Keiner wagt zu behaupten, dann habe man sein Lebensrecht verwirkt.

Unsere Gesellschaft tut gut daran, sich einer grundlegenden Diskussion zu diesem Thema zu stellen. Denn es geht eben um mehr als nur einen Test. Er führt unweigerlich zu der Frage: Wie gehen wir mit dem Unperfekten um? Sortieren wir es aus oder nehmen wir es an als Teil des Daseins, als Bereicherung unseres Miteinanders? Überhaupt ist doch die Frage: Wer legt fest, was unperfekt ist? Es ist doch eher eine Abweichung von einem Ideal als von einer Norm.

Die Kraft Gottes ist im Schwachen mächtig, dieser Zuspruch steht im Neuen Testament. Wie gut! Denn wenn wir ehrlich zu uns sind, sind wir selbst weit weniger perfekt als die Idealvorstellung von uns. Und deshalb dürfen und sollten wir das auch allen anderen Menschen zugestehen – vor und nach der Geburt.

Wenn wir es schaffen, uns als Menschen in unserer Unvollkommenheit anzunehmen und einander zu tragen, wird uns das stark machen – stärker, als wenn wir Anstrengungen aus dem Weg gehen, und stärker, als wenn wir uns nur um uns selbst drehen.

Ihre pro-Redaktion
Jonathan Steinert



15 | 19



IMPRESSUM

Herausgeber Christlicher Medienverbund KEP
Charlotte-Bamberg-Straße 2 | 35578 Wetzlar
Telefon 06441 5 66 77 00 | Telefax 06441 5 66 77 33
kep.de | info@kep.de | pro-medienmagazin.de

Geschäftsführer Christoph Irion
Redaktionsleitung Stefanie Ramsperger

proKOMPAKT ist ein Nachrichtenservice des Christlichen Medienmagazins pro. Wenn nichts anderes vermerkt ist, liegen alle Rechte beim Christlichen Medienmagazin pro.

Nachdruck und weitere Veröffentlichung nur auf Anfrage bei der Redaktion.

KONTAKT

Haben Sie Fragen an die Redaktion?
redaktion@pro-medienmagazin.de
Telefon 06441 5 66 77 00

Das Christliche Medienmagazin pro ist ein Arbeitsbereich des Christlichen Medienverbundes KEP e.V. und lebt von Ihrer Spende.
pro-medienmagazin.de/spenden

Zitate

**„So grateful for God we were lost but found us /
So i write the poem with him always in mind“ –
„Wir war’n verloren, doch Gott hat uns vereint /
Mit ihm in Gedanken schreibe ich diese Zeilen“**

Der Sänger Justin Bieber versuchte sich als Poet und schrieb auf Instagram zu einem Foto seiner Frau ein Liebesgedicht. Übersetzt hat es die Frankfurter Allgemeine Zeitung.

**„Behinderung ist kein lästiger Betriebsunfall.
Auch Menschen, die Trisomie 21 oder eine andere
Behinderung haben, gehören in Gottes Welt.“**

Manfred Rekowski, Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland

„Vergiss nie, dass auf der anderen Seite ein Mensch ist.“

André Karsten über seine Arbeit als Social-Media-Sprecher der Polizei Frankfurt beim Frankfurter Tag des Online-Journalismus



Foto: US Papal Visit, flickr

HOMOSEXUALITÄT

Papst fühlt sich „böswillig missverstanden“

Papst Franziskus hat sich von seiner umstrittenen Aussage, Kinder mit homosexuellen Neigungen seien psychiatrisch zu behandeln, distanziert. Er habe sich versprochen und sei missverstanden worden, erklärte er nun.

▶ [online lesen](#) | [pro-medienmagazin.de](#)



Foto: Bibel TV

BIBEL TV

Per Klick zum nächsten Gottesdienst

Seit Januar bietet Bibel TV einen ökumenischen Internetdienst an, mit dem Interessierte schnell den nächsten Gottesdienst finden. Fast 35.000 Kirchen sind bereits verzeichnet.

▶ [online lesen](#) | [pro-medienmagazin.de](#)



Foto: Pete Linforth, Pixabay

HASSKOMMENTARE

NetzDG: Justizamt will gegen soziales Netzwerk klagen

Das Bundesamt für Justiz bereitet nach WDR-Informationen eine Klage gegen ein soziales Netzwerk vor. Es wäre die erste wegen Verstoßes gegen das Netzwerkdurchsetzungsgesetzes (NetzDG).

▶ [online lesen](#) | [pro-medienmagazin.de](#)

Bundestag zu Bluttest: Selektion oder wichtiges Recht?

Am Donnerstag hat der Deutsche Bundestag erstmals über Trisomie-Bluttests debattiert. Hintergrund ist eine mögliche Zulassung der Tests als Kassenleistung durch den Gemeinsamen Bundesausschuss. Kritiker fürchten einen Anstieg von Schwangerschaftsabbrüchen bei einer Down-Syndrom-Diagnose in der Frühschwangerschaft. Befürworter betonen ein Recht auf Wissen der Eltern.

Anna Lutz



Sollen Trisomie-Frühtests zugelassen werden? Damit beschäftigte sich der Deutsche Bundestag am Donnerstag.

Foto: Deutscher Bundestag / Thomas Köhler/photothek.net

Am Donnerstag äußerten sich die Abgeordneten des Deutschen Bundestages erstmals im Rahmen einer Debatte ohne Fraktionszwang über die Zulassung von Bluttests in der Frühschwangerschaft. Sie sollen Trisomie 21 beim ungeborenen Kind feststellen können. Viele der Abgeordneten berichteten sehr persönlich von ihren Schwangerschaften und dem Umgang mit Untersuchungen und Risiken.

Zu den Befürwortern der Tests zählt SPD-Gesundheitspolitiker Karl Lauterbach. Niemand könne Frauen diesen Test vorenthalten und ihnen eine Fruchtwasseruntersuchung anbieten, nur weil sie nicht genug Geld hätten. Fruchtwasseruntersuchungen können zu Fehlgeburten führen, der Bluttest nicht. „Der Test ist medizinisch gesprochen viel besser“, sagte Lauterbach.

Katrin Helling-Plahr von der FDP berichtete von ihren eigenen risikobehafteten Schwangerschaften. Immer wieder habe sie große Ängste ausgestanden. Deshalb habe sie sich dazu entschieden, pränataldiagnostische Methoden in Anspruch zu nehmen. Nicht, weil sie abtreiben wollen, sondern weil sie es ihr ermöglicht hätten, sich auf Kommendes einzustellen. „Unethisch“ nannte sie es, Risikoschwangere, die nicht über die ausreichenden finanziellen Mittel verfügten, im

Ungewissen zu lassen oder zu risikoreicheren Methoden zu drängen.

„Eine Untersuchung ohne Risiko für Fötus und Schwangere ist wesentlich besser als eine Untersuchung mit Risiko“, erklärte Cornelia Möhring von der Linken. Aber: Die Gesellschaft sei längst nicht so inklusiv, wie sie sein sollte. „Eine Behinderung ist in Deutschland immer noch ein Armutsrisiko und das müssen wir abstellen.“ Der CDU-Politiker und das Ratsmitglied der Evangelischen Kirche in Deutschland Thomas Rachel wies auf die [Empfehlung](#) seiner Kirche zum Thema hin: „Ja zum neuen Diagnoseverfahren in Fällen von Risikoschwangerschaften, eingebettet in Beratungen.“

Recht auf Nichtwissen

Dagmar Schmidt von der SPD zeigte sich skeptisch: Mütter sollten auch das Recht haben, „Dinge nicht wissen zu wollen“ und sich „einfach voller Hoffnung“ auf ihr Kind zu freuen. Es gehe im Bundestag nun auch darum, Entscheidungen für die Zukunft zu treffen, in der jedes Detail des menschlichen Genoms vorgeburtlich analysierbar sein werde. Grünenpolitikerin Corinna Rüffer warnte: „Das Gesundheitssystem ist dafür da, Menschen zu heilen. Dieser Test kann nicht dazu dienen, Menschen zu heilen, denn das Down-Syndrom ist keine Krankheit.“ Stattdessen gehe es bei der Frage nach der Zulassung des Tests um „Selektion“.

Ihre Parteikollegin Kirsten Kappert-Gonther fügte hinzu: Viele Schwangere könnten sich vor Angeboten zur Pränataldiagnostik nicht retten. Dabei führten Menschen mit Down-Syndrom ein ebenso gutes oder schlechtes Leben wie andere. Sie sprach sich gegen eine generelle Übernahme der Kosten durch die Krankenkassen aus, aber für eine Übernahme bei bestimmten Risikoschwangeren und nur in Verbindung mit einer Beratung.

Rudolf Henke von der CDU betonte, jeder Mensch habe einen Anspruch darauf, „gewollt und willkommen zu sein“.

 [online weiterlesen ...](#) | [pro-medienmagazin.de](#)



Foto: Conny Wenk

THEMENTAG: TRISOMIE-GENTEST

„Menschen mit Behinderung haben uns etwas zu sagen“

Der 21. März war der Welt-Down-Syndrom-Tag. Bei Menschen mit Down-Syndrom ist das Chromosom 21 dreifach vorhanden, deshalb auch die Bezeichnung Trisomie 21. Der Verleger David Neufeld hat sich mit seinem Verlag in besonderer Weise des Themas angenommen. Im Gespräch mit pro erklärt er seine Motive und bricht eine Lanze für Menschen mit Behinderung.

▶ online lesen | pro-medienmagazin.de



Jetzt reinsehen!

THEMENTAG: TRISOMIE-GENTEST

Diagnose Trisomie 18: „Wir wollten Samuel trotzdem bekommen!“

Als Regina Neufeld zur Schwangerschaftsuntersuchung ging, lautete die Diagnose der Ärzte, ihr Kind habe Trisomie 18. Die gläubige Familie entschied sich dazu, das Kind trotzdem zu bekommen. Es starb 54 Tage nach der Geburt. Gegenüber pro sagt sie, dass Eltern bei der Entscheidung, ob die Schwangerschaft abgebrochen werden soll oder nicht, unnötig unter Druck gesetzt werden.

Jörn Schumacher/Johannes Blöcher-Weil

Regina Neufeld schrieb in ihrem Buch „Viel zu kurz und doch für immer“ (vor kurzem erschienen bei Gerth Medien) über die schwere Zeit nach der Geburt ihres Sohnes Samuel und darüber, wie Eltern in ähnlichen Situationen geholfen werden kann

Foto: pro/Jörn Schumacher

▶ online lesen | pro-medienmagazin.de

Brexit: Versöhnung dringend nötig!

Freundschaften sind zerbrochen, das politische Klima ist vergiftet. Warum Kirchen nach dem Brexit-Chaos Versöhnungsarbeit leisten müssen.
Eine Analyse von Mark Woods

Anfang des Jahres nahm ich an einer kleinen internationalen Konferenz für religiöse Journalisten in Mainz teil. Eine der Fragen, die viele der Anwesenden mir beim Kennenlernen stellten, war: Warum verlässt Großbritannien die Europäische Union?

Ich kann mir verschiedene Gründe dafür vorstellen. Wir hatten von Anfang an eine angespannte Beziehung zur EU. Bis zum Ende des Krieges hatten wir ein Weltreich und obwohl die Erinnerung daran mehr und mehr verblasst, hat uns das sehr geprägt: Wir sind es schlicht nicht gewohnt, gleichwertige Partner in großen politischen Zusammenschlüssen zu haben. Außerdem sind wir eine Insel. Das macht es für Briten vielleicht schwieriger, sich so richtig „europäisch“ zu fühlen, als für diejenigen auf dem Festland.

Aber es gibt auch ganz praktische Gründe. Viele Einwanderer sind von Europa ins Vereinigte Königreich gekommen. Während sich viele von ihnen hervorragend integriert haben, leiden Teile des Landes unter der Einwanderung, weil die aufnehmenden Gemeinden nicht genügend Ressourcen bekommen haben, um die Menschen angemessen einzugliedern.

Zerbrochene Freundschaften, gesplante Nation

Diese ernstzunehmenden Schwierigkeiten haben dafür gesorgt, dass viele Briten den Brexit unterstützen. Viele

haben auch die als beschwerlich empfundenen Gesetze und Regulierungen aus Brüssel kritisiert. Wachstum könne leichter erreicht werden, wenn wir nicht länger von der EU „kontrolliert“ würden, sagen die Menschen. Daher steht über allem die Frage der „Staatshoheit“: Wir sollten frei sein, tun und lassen zu dürfen, was wir wollen.

Das Ergebnis des Referendums, das der damalige Premierminister David Cameron ausgerufen hatte, im Versuch seine Partei zu vereinen und die Hetze gegen die EU zu beenden, hat die Nation gespalten. Jeder hat eine Meinung. Freundschaften sind daran zerbrochen. Eine ernsthafte Wut ist spürbar und diejenigen, die die EU verlassen wollen, und die, die bleiben wollen, haben sich in zwei getrennte Lager aufgespalten. Das einzige, was sie noch vereint, ist zunehmender Zorn über das Scheitern der Regierung, einen guten Austritt aus der EU zu verhandeln.

Ich möchte in der EU bleiben

Christen machen da keinen Unterschied. Es gibt auf beiden Seiten Christen und alle haben sie sehr engagiert für ihre jeweilige Position geworben. Vor der Wahl gab es auf der Webseite, die ich verantwortete, [einen Artikel des Baptistenpredigers Joshua Searle](#), in dem er über den derzeitigen Anstieg des rechten Nationalismus in Europa im Vergleich zu der Situation nach 1945 nachdenkt. Er schrieb: „Die Europäische Union ist von ihrer Gründung bis zum heutigen Tag das mächtigste Gegenmittel gegen die zerstörerischen und unmenschlichen

📄 [online weiterlesen ... | pro-medienmagazin.de](#)



Theresa Mays Brexit-Verhandlungen sind bisher nicht von Erfolg gekrönt. Das Parlament hat diese Woche für einen Aufschub des Brexits gestimmt. Egal wie es ausgeht: Die Nation geht gezeichnet daraus hervor.

Foto: picture alliance / AP Photo

Christen blicken mit Sorge auf Wahlen in Indien

In Indien haben am 11. April die Parlamentswahlen begonnen. Die Christen in dem Land sind besorgt. Hindu-nationalistische Politiker haben angekündigt, das Christentum in dem Land zu beseitigen.

Norbert Schäfer



Indiens Premierminister
Narendra Modi propagiert
die Hindutva-Ideale

Foto: Jasveer10

In Indien haben am 11. April die Parlamentswahlen begonnen. In der größten Demokratie der Welt sind mehr als 800 Millionen Wahlberechtigte aufgerufen, bis zum 19. Mai in einem der rund eine Million Wahllokale ihre Stimme abzugeben. Als Favorit gilt der Premierminister der hindu-nationalistischen Regierungspartei BJP, Narendra Modi. Der Hindu-Nationalismus hat die Ausrichtung Indiens nach

hinduistischen Regeln zum Ziel. Als größter Konkurrent um das Amt des Premierministers in dem Land gilt der Enkel von Indira Gandhi, Rahul Gandhi, der für die Kongresspartei in dem Land antritt.

Die Tageszeitung Die Welt berichtet am Donnerstag unter dem Titel „[Muslime sind doch auch Inder](#)“ über zunehmende Spannungen zwischen Hindus und Muslimen. In dem Land

lebt weltweit die drittgrößte muslimische Bevölkerung. Verantwortlich für die Spannungen ist nach Ansicht des Autors Padma Rao vor allem die national-hinduistische BJP. Bei Ausschreitungen gegen Muslime geht es dem Bericht zufolge oft um Kühe. Die sind den Hindus heilig. „Dass Muslime sie angeblich töten oder essen wollen, ist ein häufiger Vorwand für Übergriffe“, schreibt Rao. Dass in dem Land auch Christen und andere Minderheiten massiv unter Druck durch die national-hinduistische Bewegung geraten, berichtet die Welt nicht.

Davon weiß Manfred Müller, Missonsleiter des christlichen Hilfswerkes Hilfsaktion Märtyrerkirche (HMK) zu berichten. Die HMK ist in Indien über Partnerorganisationen dort aktiv, wo Christen besonders bedrängt sind und verfolgt werden. Etwa in dem Bundesstaat Odisha (früher Orissa). „In verschiedenen Bundesstaaten Indiens gibt es Antibekehrungsgesetze“, erklärt Müller im Gespräch. Es sei dort verboten, vom Hinduismus zum Christentum oder dem Islam überzutreten. Dahinter stehe die von radikalen Hindunationalisten propagierte Hindutva-Ideologie (ein Volk – eine Nation – eine Kultur), die nach seiner Einschätzung von einflussreichen Eliten in Indien sehr stark instrumentalisiert werde.

Christentum soll in Indien bis 2021 „liquidiert“ werden

Der Leiter einer stark wachsenden Kirche Indiens (Name kann aus Sicherheitsgründen nicht genannt werden) und Partner der HMK in dem Land teilt die Einschätzung Müllers. „Die BJP versucht verzweifelt, die Macht unter Modi zu behalten“, erklärte er auf Anfrage von pro. Die Kongresspartei, die von Rahul Gandhi, dem Urenkel des ersten indischen Premierministers Jawaharlal Nehru, angeführt wird, sei wiedererstarkt und unternahme sämtliche Anstrengungen, um an die Macht zu kommen. Seine Kongresspartei strebe eine „säkularisierte, den Armen zugewandte Regierung“ an.

 [online weiterlesen ...](#) | [pro-medienmagazin.de](#)

Vorwürfe gegen YouTube

Laut einem Bericht machten YouTube-Mitarbeiter jahrelang Vorschläge zur Eindämmung von Propaganda- und Hassvideos. Die Chefetage stellte sich quer. Ihr wird nun vorgeworfen: YouTube stelle Profit über Moral.

Nicolai Franz

Hillary Clinton und Angela Merkel sind in Wahrheit keine Menschen, sondern Reptiloide, das sieht man an ihren Augen. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 waren ein „inside job“, eine geheime Aktion der CIA. Und außerdem ist die Erde keine Kugel, sondern eine Scheibe, über die von der Regierung geschickte Flugzeuge ihre Runden drehen und „Chemtrails“ versprühen, um die Geburtenrate zu kontrollieren.

Wer auf YouTube nach solchen und ähnlichen Verschwörungstheorien sucht, wird schnell fündig. Heutzutage ist es ein Leichtes, zum Produzenten seiner eigenen Rundfunksendung zu werden. Ein Smartphone genügt, um jede noch so absurde Botschaft in die Welt zu senden.

Prügelanleitung gegen ungehorsame Ehefrauen

Auch extremistische Videos werden bei YouTube zuverlässig gelistet. Teils kratzen sie an der Grenze zur Illegalität, teils ist diese längst überschritten. Am 29. März etwa lud Abdelaziz al-Khazraj al-Ansari aus Katar ein Video hoch, in der er zeigt, wie Muslime ihre Frauen korrekt züchtigen sollten. Nach Angaben von [Spiegel Online](#) bezeichnet sich der Mann selbst als Soziologe. Im Video demonstriert er, was Männer tun sollten,



Das umstrittene Video von Abdelaziz al-Khazraj al-Ansari wurde bisher nicht entfernt

Foto: Youtube

deren Frauen sich etwa erdreistet hätten, ungefragt das Haus zu verlassen. Schläge ins Gesicht seien verboten, so gnädig sei Allah, erklärte al-Ansari. Er empfiehlt, die uneinsichtige Frau zu schütteln und von außen gegen die Arme zu hauen. Das Video zog große Proteste auf sich.

Erst nach Tagen reagierte YouTube – allerdings nicht mit einer Löschung. Das Video ist weiterhin [abrufbar](#). Stattdessen erscheint eine Einblendung und der Hinweis: „Dieses Video enthält Inhalte die möglicherweise für bestimmte Zuschauer ungeeignet sind oder von diesen als anstößig empfunden werden.“ Mit einem Klick kann der Nutzer sein Verständnis darüber mitteilen und sich die Züchtigungsanleitung anschauen. Mit solchen Maßnahmen belegt YouTube Videos, die aus Sicht der Verantwortlichen keine Hassrede sind, aber trotzdem problematisch.

Ein [Bloomberg-Bericht](#) lässt Zweifel an dem Willen der YouTube-Bosse aufkommen, Hass und Propaganda aus dem Portal zu verbannen. Jahrelang hätten YouTube-Mitarbeiter versucht, etwas gegen diese problematischen Clips zu tun,

seien aber am Widerstand der Unternehmensführung gescheitert. Vorschläge waren unter anderem, problematische Clips zu markieren, nicht mehr in den Empfehlungen zu zeigen und deren Verbreitung zu analysieren.

Susan Wojcicki, CEO von YouTube, sei es nur um „Engagement“ gegangen. Das ist eine Kennzahl darüber, wie oft die Nutzer einen Clip wie lange angeschaut haben. Höhere Reichweiten bedeuten höhere Einnahmen. Die von Bloomberg zitierten gegenwärtigen und aktuellen YouTube-Mitarbeiter werfen ihrem Arbeitgeber vor, Profit über Moral zu stellen. Die hätten das Ziel ausgegeben, dass die Nutzer jeden Tag eine Milliarde Stunden YouTube-Videos anschauen sollten. Im Oktober 2016 hatte das Portal das Ziel erreicht.

Weder Wojcicki noch andere Führungskräfte von YouTube, Google oder der Konzernmutter Alphabet haben gegenüber Bloomberg zu den Vorwürfen Stellung genommen.

▶ online lesen | [pro-medienmagazin.de](#)

YouTuberin enttäuscht von Kritikern und Kirche

Die YouTuberin Jana Highholder fühlt sich in der Debatte um antifeministische Aussagen unfair behandelt. Sie wünsche sich mehr Respekt von ihren Kritikern und Rückhalt von der Evangelischen Kirche. Ob die Arbeit am Kanal „Jana“ weitergeht, steht nicht fest.

Anna Lutz

Nach Kritik an ihren Aussagen zum biblischen Frauenbild fühlt sich die YouTuberin Jana Highholder zu Unrecht angegriffen. Sie sei „überrascht von der Art und Weise“, wie die öffentliche Debatte geführt werde und wünsche sich einen respektvolleren Umgang - sowohl von ihren Kritikern als auch von der Evangelischen Kirche selbst.

Debatte über Frauenbild

Ursprung des Streits ist eine [Sendung](#) Highholders von Anfang März. Auf ihrem YouTube-Kanal diskutierte sie mit Pfarrerin und Christ-und-Welt-Kolumnistin Hanna Jacobs über die Rolle der Frau und zitierte Paulus mit dem Satz, die Frauen sollten sich den Männern unterordnen. Highholder erklärte, dass sie sich gerne einem Mann unterstellen würde, der sie nach biblischer Aufforderung so liebe wie Christus die Gemeinde. Sie wünsche sich einen Partner, der gemeinsame Entscheidungen innerhalb der Ehe nach außen vertrete und sie „näher hin zum Kreuz“ führe. „Ein Mann ist für mich das Oberhaupt der Familie“, sagt sie weiter.

Schon kurz nach dem Gespräch regten sich bei Twitter die ersten Kritiker dieser Sichtweise. Die Zeit-Beilage Christ und Welt macht Highholder kurze Zeit später erneut zum Thema und fragte: „Ist es klug, dass ausgerechnet jemand ohne theologische Grundausbildung in offizieller EKD-Mission

unterwegs ist?“ Und: „Ist Jana mit ihrem konservativen Glauben überhaupt die richtige Botschafterin, um die YouTube-Generation für die Kirche zu interessieren?“ Über die YouTuberin ist bekannt, dass sie früher eine Freie evangelische Gemeinde besucht hat. Zu Wort kommt unter anderem Jacobs. Sie kritisiert Highholder scharf, nennt sie eine „trojanische Influencerin“, die im Namen der Evangelischen Kirche „biblizistische und evangelikale Positionen“ vertrete und „weit weg“ sei vom „evangelischen Mainstream“.

„Als hätte ich etwas Böses im Sinn“

Im Gespräch mit pro zeigte sich Highholder vor allem enttäuscht von ihrer damaligen Gesprächspartnerin Jacobs. „Wenn man mich mit einem trojanischen Pferd vergleicht, dann heißt das, ich hätte etwas Böses im Sinn“, sagte sie und bezeichnete das als „nicht fair“. Sie verwehre sich gegen Hohn und Spott, den sie im Internet wahrnehme. Bei ihrer Haltung bleibe sie. Auch für ein Gespräch mit Jacobs zeigte sie sich offen, diese habe sich aber nicht wieder bei ihr gemeldet. Sie hätte sich gewünscht, dass Jacobs auch das Gespräch mit ihr suche, anstatt sich ausschließlich in anderen Publikationen dazu zu äußern, erklärte die Studentin.

Highholder stellte klar, dass es ihr in ihrer Sendung nicht darum gegangen sei, eine allgemeingültige Maxime



Jana Highholder reagierte gegenüber pro auf Kritik und zeigte sich enttäuscht

Foto: Jana Highholder

aufzustellen. Sie habe von ihren eigenen Erfahrungen berichtet und das Gespräch als Chance verstanden, gegenseitige Blickwinkel besser zu verstehen. Im Gespräch selbst sei das in ihren Augen auch geglückt. Im Nachgang „sind nun Gräben aufgerissen worden, die nicht nötig gewesen wären“, sagte sie.

Kann die Arbeit weitergehen?

Von der Evangelischen Kirche in Deutschland, mit der gemeinsam sie den Kanal „Jana“ betreibt, habe sie noch keine Reaktion zur Debatte erhalten. „Das finde ich ebenfalls

📄 [online weiterlesen ...](#) | [pro-medienmagazin.de](#)

Mehr zum Thema:

[Streit um christliche YouTuberin](#) 📄

„Für Glaubensfreiheit in Sozialen Medien kämpfen“

Soziale Medien bieten für die Verbreitung christlicher Inhalte gute Möglichkeiten. Gleichzeitig werden solche Beiträge dort oft gesperrt und gelöscht. Troy Miller, Leiter des amerikanischen christlichen Medienverbandes National Religious Broadcasters, über Chancen und Probleme digitaler Kanäle.

Stefan Ernst

pro: Der Branchenverband NRB wird 75 – wie geht es dem christlichen Rundfunk in den USA?

Troy Miller: Das Segment ist stark wie eh und je und wächst weiter. Christliche Rundfunkanbieter sind in allen 230 Metropol-Regionen der USA vertreten, wir erreichen terrestrisch und digital im Prinzip jeden Haushalt. Mehr als 100 Millionen hören diese Sendungen regelmäßig.



Troy Miller, Leiter des christlichen Medienverbandes National Religious Broadcasters, sprach bei der Konferenz „Proclaim19“

Foto: NRB

Immer mehr Haushalte hören Podcasts, schauen Videos vom Streamingdienst oder bestellen Musik über Sprachassistenten

wie Alexa – Chance oder Risiko für klassische Radio- und Fernsehanbieter?

Eher Chance. Wir erreichen mehr und mehr Menschen über digitale Kanäle, schaffen das mit wenigen hundert Dollar Aufwand. Früher waren Hunderttausende nötig, wenn man Radio oder Fernsehen machen wollte. Gerade jüngere Christen werden für wenig Geld zum Programm-Macher und verkündigen Gleichaltrigen die gute Nachricht – zum Beispiel per Podcast.

Gleichzeitig wirft Ihr Verband den Technologie-Giganten der Digitalwirtschaft Zensur vor. Warum?

Kommunikation findet heute vorrangig über das Internet statt. Gerade hier müssen wir derzeit als Verband für die freie Verkündigung des Evangeliums kämpfen. Es gibt immer mehr Fälle, in denen Social-Media-Plattformen konservative christliche Botschaften unterdrücken. Das Argument ist oft, dass der Inhalt die „Standards der Gemeinschaft“ verletze – worin die aber bestehen, wird nicht gesagt.

Was unternehmen Sie dagegen?

Es ist nicht einfach, **dagegen juristisch vorzugehen**. Wir prüfen die rechtlichen Möglichkeiten und arbeiten mit der Politik daran, das Gut der freien Meinungsäußerung zu verteidigen.

Vielen Dank für das Gespräch!



Foto: Pacific Justice Institute

RELIGIONSFREIHEIT IN DEN USA

„Soziale Medien diskriminieren Christen“

Das gesellschaftliche Klima in den USA wird für Christen unangenehm. Das sagt Brad Dacus im pro-Interview. Er ist Präsident des Pacific Justice Institute, das Bürger in Sachen Religionsfreiheit juristisch untersützt. Auch die Sozialen Medien versuchten Christen stummzuschalten. Präsident Donald Trump jedoch setze sich für freie Äußerung des Glaubens ein.

▶ **online lesen** | pro-medienmagazin.de

▶ **online lesen ...** | pro-medienmagazin.de

Mit attraktiven christlichen Inhalten gegen Konkurrenz behaupten

Zensurversuche abwehren, die gute Nachricht auf digitalen Wegen erzählen, das Kino nicht „Hollywood“ überlassen – zentrale Themen bei „Proclaim19“, dem weltweit größten Treffen christlicher Medienschaffender. pro war Ende März in Los Angeles dabei, als 3.000 Radio- und Fernsehmacher vier Tage über Chancen und Probleme der Branche diskutierten.

Stefan Ernst

Im Anaheim Convention Center gleich neben Disneyland feierte der gastgebende Verband National Religious Broadcasters (NRB) den Start in das Jahr seines 75-jährigen Bestehens. Er vertritt inzwischen rund 1.100 Mitgliedsorganisationen, die tausende Radiostationen und hunderte Fernsehprogramme betreiben.

Das Evangelium

Leitgedanke der Jubiläums-Veranstaltung war Psalm 145,4: „Jede Generation soll es der nächsten sagen, sie soll rühmen, was du vollbracht hast, und deine machtvollen Taten weitererzählen!“ NRB-Chairman Michael Little erklärte vor Programm-Machern, Produzenten und Pastoren, dass das Evangelium weiter zu hochattraktiven Medieninhalten inspiriere: „Gott ist die Quelle der Kreativität, er möchte uns neue Ideen herunterladen. Und wir sind aufgerufen, daraus etwas zu machen – egal über welche Technologien und Medienkanäle.“



Rund 3.000 christliche Medienschaffende trafen sich zur Konferenz „Proclaim19“ im Anaheim Convention Center in Los Angeles

Foto: Anaheim Convention Center

Die Vorgeschichte

Die USA gelten seit jeher als Mutterland der Verkündigung des Evangeliums über Funk und Fernsehen. Nach der ersten regelmäßigen Übertragung von Gottesdiensten im Radio (ab 1921) und im Fernsehen (ab 1940) wurden die Sendungen missionarisch gesinnter Gemeinden und Prediger trotz

anfänglicher Beliebtheit beim Publikum schon bald wieder aus den Programmen gedrängt.

Dahinter stand eine wenig heilige Allianz aus Rundfunkbehörde, den großen Networks, den großen Kirchen und der Werbewirtschaft. Das führte am 12. April 1944 zur Gründung der NRB, die sich seitdem konsequent für die Glaubens- und Meinungsfreiheit in den elektronischen Medien einsetzt.

Die aktuelle Lage

Dieser Arbeitsauftrag des Verbands sei heute genauso wichtig wie vor 75 Jahren, erklärte NRB-Vizepräsident und Chief Operating Officer Troy Miller: „Es gibt viele Herausforderungen für Christen, die frei auf allen Kommunikationsplattformen sprechen wollen. Wir werden dringender gebraucht als jemals zuvor, wenn wir vollen Zugang zu den schnell wachsenden neuen elektronischen Medienwelten haben wollen.“

Ohne Gebet und Kampf seien Freiheit und Fairness zur Verkündigung des Evangeliums gefährdet, so Miller. Der Verband will sich dagegen wehren, dass die „Big Tech“-Riesen aus dem Silicon Valley oft „christliche und politisch konservative Standpunkte zensieren“. Dazu wurde die Webseite internetfreedomwatch.org geschaltet. Gelöschte Inhalte, abgelehnte Werbung, gesperrte Kundenkonten: Maßnahmen von Facebook, Twitter und YouTube werden dort als Beispiele für die Unterdrückung freier Meinungsäußerung genannt.

 **online weiterlesen ...** | pro-medienmagazin.de

Georg Mascolo: „Journalismus ist Reparaturbetrieb der Demokratie“

Der ehemalige Chefredakteur des Nachrichtenmagazins Der Spiegel, Georg Mascolo, hat von Medienschaffenden Selbstkritik gefordert. Sie kann seiner Meinung nach das Vertrauen in die Medien neu begründen.

Norbert Schäfer

Journalismus sei ein „Reparaturbetrieb für die Demokratie“. Das sagte der Leiter des Rechercheverbundes von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung, Georg Mascolo, in einer Festrede zum 70-jährigen Bestehen des Medienfachdienstes des Evangelischen Pressedienstes (epd) „epd medien“ am Dienstag. Mascolo brach dabei eine Lanze für die Qualität der Tageszeitungen und das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem. „Man muss sich nur die USA ansehen, um zu erkennen, wohin es führt, wenn das Fernsehen den Verstand verliert“, sagte er.

Der Journalist führte bei dem Festakt in der Evangelischen Akademie Frankfurt ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 1966 an, das sogenannte Spiegel-Urteil: „Journalismus funktioniert als ständiges Verbindungs- und Kontrollorgan zwischen dem Volk und seinen gewählten Vertretern in Parlament und Regierung.“ Mascolo sagte: „In seinen richtig guten Momenten ist der Journalist – der Journalismus – eben das: Er informiert, er missioniert nicht.“ Ziel von Journalismus müsse es sein, dass sein Publikum nach dem Lesen, dem Zuschauen, dem Zuhören klüger sei – nicht nur erregter.

Mascolo, ehemaliger Chefredakteur des Nachrichtenmagazins Der Spiegel, ging auch auf den [Fall Claas Relotius](#) und den Vertrauensverlust der Medien ein. Der alte Grundsatz des Magazins, „Sagen was ist“, sei auch beim Spiegel nicht immer eingehalten worden. „In diesen Zeiten müssen wir mehr denn je beweisen, dass wir den höchsten handwerklichen und ethischen Maßstäben genügen“, sagte er. „Denn ich glaube all den vermeintlich beruhigenden Umfragen

Der Journalist Georg Mascolo leitet den Rechercheverbund von NDR, WDR und Süddeutscher Zeitung

Foto: pro/Norbert Schäfer



nicht. Ich befürchte, dass viele Menschen, was ihr Verhältnis zu den Medien angeht, gefährlich auf der Kippe stehen. [...] Ich fürchte, dass wir viele dieser Menschen nicht mehr erreichen können.“ Keine Redaktion sei vor Betrügnern gefeit. „Aber, wenn eine erfundene Krebstherapie dreimal hintereinander den Nobelpreis gewinnen würde, wäre unsere Frage als Journalisten: Was ist dahinter eigentlich die Ursache?“

[online weiterlesen ... | pro-medienmagazin.de](#)



Foto: pro/Norbert Schäfer

BRANCHENDIENST

„epd medien“ – 70 Jahre „öffentliches Gewissen“

Seit sieben Jahrzehnten gibt es den Branchendienst der Medien „epd medien“. Jörg Bollmann, Direktor des Gemeinschaftswerks der Evangelischen Publizistik (GEP), hat den Fachdienst als „öffentliches Gewissen“ bezeichnet.

[online lesen | pro-medienmagazin.de](#)

Presserat: Öffentlichkeit ist medienkritischer

Der Deutsche Presserat hat für das vergangene Jahr die zweithöchste Zahl von Beschwerden seit Bestehen des Gremiums verzeichnet. Vielen sei ein „grundsätzlich medienkritischer Unterton“ gemeinsam, teilte die Freiwillige Selbstkontrolle mit.

Anna Lutz

2.038 Beschwerden gingen für das Jahr 2018 beim Deutschen Presserat ein. Das ist die zweithöchste Zahl in der Geschichte des Gremiums, gleich nach dem Jahr 2015.

Wie aus dem [Jahresbericht](#) der Freiwilligen Selbstkontrolle hervorgeht, erteilten die Verantwortlichen 28 Rügen, sieben mehr als im Vorjahr. Die meisten, 13 an der Zahl, wurden wegen Verletzungen des Persönlichkeitsschutzes ausgesprochen, gefolgt von acht Rügen wegen der Vermischung von Werbung und Redaktion. Es ergingen außerdem 70 Missbilligungen und 147 Hinweise. Von den 2.038 eingegangenen Beschwerden stufte der Presserat 287 als begründete ein.

Chemnitz war Thema

Etlichen Beschwerden sei „ein grundsätzlich medienkritischer Unterton“ gemeinsam gewesen, heißt es in dem Jahresbericht. In ihnen sei es etwa um die Ausschreitungen in Chemnitz im August 2018, Migrationsbewegungen oder den Umgang mit Rechtspopulismus gegangen. Einige Leser hätten bezweifelt, dass es in Chemnitz zu „Hetzjagden“ gekommen sei, über die viele Medien berichteten. Der Presserat wies diese Beschwerden als unbegründet ab. Unstrittig sei, dass in Chemnitz Menschen andere Menschen gejagt hätten. Die Frage nach dem korrekten Ausdruck dafür sah der Presserat als zweitrangig an.

Das Gremium wies außerdem darauf hin, dass die [Zahl von Anfeindungen, Drohungen und gewalttätigen Übergriffen gegen Journalisten](#) in den vergangenen Jahren angestiegen ist. Er halte es deshalb für „dringend geboten, Politik und Polizei

an ihre besondere Verantwortung für den Schutz der Presse bei der Ausübung ihrer verfassungsmäßigen Rechte und Aufgaben zu erinnern“.

Beschwerde des Christlichen Medienverbundes erfolgreich

Dort, wo sich Leser über Verletzungen des Persönlichkeitsschutzes beschwerten, wurden meist Opfer von Gewalt, Unglücken oder Unfällen ohne Einwilligung der Angehörigen erkennbar abgebildet. Oft seien die Bilder aus Sozialen Netzwerken übernommen worden. Der Presserat stellt klar: „Die Übernahme und Veröffentlichung von Opferfotos ohne die Einwilligung der Angehörigen ist ein schwerer Verstoß gegen den Pressekodex.“ Gerügt wurde aus diesem Grund etwa die Bild-Zeitung, weil sie Bilder von Opfern eines Brückeneinsturzes in Genua zeigte. Der [Christliche Medienverbund KEP](#) hatte dazu Beschwerde eingelegt.

Vermehrt gingen wieder Beschwerden zur Berichterstattung über Straftaten ein. Es geht dabei um die Frage, ob Redaktionen die Herkunft von Straftätern oder Verdächtigen nennen dürfen oder nicht. Laut einer [neu formulierten Richtlinie](#) des Pressekodex soll die Zugehörigkeit in der Regel nicht erwähnt werden, es sei denn, es besteht ein begründetes öffentliches Interesse.



Demonstrierende in Chemnitz: Den Presserat erreichten zahlreiche Beschwerden, die sich gegen die Berichterstattung darüber richteten

Foto: De Havilland, flickr

► [online lesen](#) | [pro-medienmagazin.de](#)

Verfassungsrichter: Verhältnis von Kirche und Staat in Gefahr

Wie frei sind die Kirchen, zu entscheiden, wer in ihren Einrichtungen arbeitet und wer nicht? Urteile des Bundesarbeitsgerichtes haben diese Frage neu aufgeworfen. Der Verfassungsrichter Peter Müller sieht deswegen das deutsche Modell des Verhältnisses von Kirche und Staat gefährdet.

Jonathan Steinert



Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in Deutschland ist in den Augen von Verfassungsrichter Peter Müller gefährdet. Schuld daran sei die „immer stärkere Durchdringung nationalen Rechts durch europäisches Recht“. Das sagte Müller [laut dem Evangelischen Pressedienst \(epd\)](#) beim Jahresempfang der evangelischen Kirchengemeinde Starnberg am Donnerstag. Das deutsche Modell einer „wohlwollenden Neutralität von Staat und Kirche“ habe der Gesellschaft in der Bundesrepublik seiner Meinung nach aber gutgetan.

„Es gibt keine strikte Trennung von Staat und Kirche, aber es gibt auch keine Staatskirche“, zitiert der epd den früheren saarländischen Ministerpräsidenten. Zwar müsse der Staat laut Grundgesetz gegenüber Religionen und Weltanschauungen neutral sein, aber er solle sie auch fördern und ihnen Freiräume schaffen. In der EU-Verfassung sei jedoch kein Gottesbezug verankert. Zudem verwies Müller auf das laizistische Frankreich, in dem beide Bereiche strikt getrennt seien. Dort hätten Kirchen keinen eigenen rechtlichen Gestaltungsspielraum. Vor diesem Hintergrund erkläre er sich auch die restriktive Haltung des Europäischen Gerichtshofes.

Rathaus und Kirchen stehen nahe beieinander, wie hier im Stadtzentrum von München. Das Verhältnis zwischen Staat und Kirche könnte sich durch die EU-Rechtsprechung verändern.

Foto: Gerhard Blank - www.gerhard-blank.de

Bundesverfassungsgericht muss entscheiden

Der hatte in den vergangenen Monaten gleich zwei Fälle aus Deutschland zu bearbeiten, die das kirchliche Arbeitsrecht betrafen. Einmal ging es um eine Bewerberin um eine Stelle im Diakonischen Werk. Sie klagte dagegen, dass sie die Stelle nicht bekommen hatte, und führte dies auf ihre Konfessionslosigkeit zurück. Das Bundesarbeitsgericht [urteilte im Oktober 2018](#) nach der Entscheidung des EuGH, dass für die betreffende Stelle die Mitgliedschaft in der Kirche nicht hätte verlangt werden dürfen.

In einem anderen Fall hatte ein katholisches Krankenhaus einen Chefarzt entlassen, da er nach seiner Scheidung ein zweites Mal geheiratet hatte. Auch hierin sah der EuGH [eine mögliche Diskriminierung](#) aufgrund der Religion. Daraufhin [entschied das Bundesarbeitsgericht im Februar](#), dass die Kündigung nicht rechters war.

Wie Müller laut epd erklärte, müsse nun das Bundesverfassungsgericht klären, welche Rechtsauslegung bei diesen Fragen Vorrang hat: das nationale oder das europäische Recht. Ulrich Lillie, Vorstandsvorsitzender des Evangelischen Werk für Diakonie und Entwicklung (EWDE), hatte [angekündigt](#), dass das EWDE wegen des Urteils zu Ungunsten der Diakonie vor das höchste deutsche Gericht ziehen werde.

▶ [online lesen](#) | pro-medienmagazin.de

„Die Evangelikalen driften auseinander“

Reinhard Hempelmann hat sich über zwanzig Jahre lang bei der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen (EZW) mit Kirchen, Sekten, Humanisten und Muslimen in Deutschland beschäftigt. Nun geht er in den Ruhestand. pro hat ihn zum Abschied gefragt, wie sich die religiöse Landschaft in Deutschland verändert hat und wie sie im Jahr 2050 aussieht.

Anna Lutz

pro: Herr Hempelmann, Sie haben sich bei der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen 20 Jahre lang mit religiösen Strömungen in Deutschland beschäftigt. Gibt es eine Entwicklung, die Ihnen besondere Sorge bereitet?

Reinhard Hempelmann: Wir beobachten in der Religion dasselbe wie in der Politik: In unserer pluralistischen Gesellschaft und Kultur sind sehr unterschiedliche Milieus entstanden. Dieser Pluralismus ist erst einmal positiv, er ist im Falle der Religion die Folge von Religionsfreiheit. Aber ich sehe mit Sorge, dass diese Milieus teilweise nur noch begrenzt miteinander zu kommunizieren in der Lage sind und viele Ressentiments gegenüber dem jeweils anderen pflegen. In der Kirche etwa gibt es von evangelikal bis liberal, politisch bis rechts-konservativ alles. In den letzten 20 Jahren habe ich gesehen, dass Binnendifferenzierungen zugenommen haben. Wenn wir etwa über den Islam reden, müssen wir heute fragen, über welchen Islam wir sprechen. Genauso ist es beim Buddhismus oder etwa der evangelikalen Bewegung. Die Frage ist dann immer: Was verbindet die Menschen in einer religiösen Gemeinschaft oder Frömmigkeitsbewegung? Welche unterschiedlichen und gegensätzlichen Ausprägungen lassen sich beobachten?

Es ist also nicht mehr ganz so leicht, gläubige Menschen in eine Schublade zu stecken?

Das ist richtig, und es ist auch nicht mehr so einfach, bestimmte Gruppen in irgendeine Ecke zu stellen und sie zu stigmatisieren.

Warum hat sich die religiöse Landschaft derart ausdifferenziert?

Die stärksten Veränderungen entstehen durch Migration. Migration und religiöser Pluralismus stehen in einem engen Zusammenhang. Auch die christliche Landschaft verändert sich, etwa durch das Phänomen der freikirchlichen Aussiedler-Gemeinden, vor allen Dingen der russlanddeutschen. Nach Statistiken sind seit den Achtzigerjahren 2,4 Millionen Menschen aus Osteuropa zu uns gekommen. Viele von ihnen haben sich in neuen religiösen Gemeinschaften gesammelt und eigene Gemeinden gegründet. Auch die Zahl der internationalen Kirchen oder Gemeinden ist gestiegen, besonders im großstädtischen Milieu. Es hat sich eine neue stilistische Vielfalt des Christlichen entwickelt, die wir vorher so nicht kannten. Es entsteht ein großes Informationsbedürfnis der Alteingesessenen, etwa wenn diese neueren Gemeinden bei traditionellen evangelischen Kirchen anfragen, ob sie Räume mieten können.

Bedeutet das auch eine neue Konkurrenzsituation für die evangelischen Landeskirchen?

Eine Konkurrenzsituation gegenüber den traditionellen Kirchen entsteht besonders da, wo Gemeinden in der Lage sind, junge Menschen zumindest vorübergehend an ihr Profil zu binden.

Konkurrenz macht nicht nur das freikirchliche Milieu. 2017 waren 37 Prozent der Bevölkerung in Deutschland nicht kirchlich

gebundenen. Muss die Evangelische Kirche sich ändern?

Auf jeden Fall. Sie muss mit der heranwachsenden Generation kommunizieren wollen. Die Reformation ist eine un abgeschlossene Aufgabe. Synoden müssen sich mit dem Thema befassen, wie der christliche Glaube an junge Menschen weitergegeben werden kann. Und zwar ohne einfach nachzuahmen, was andere Gemeinschaften tun. Untersuchungen zufolge erfolgt die Weitergabe des christlichen Glaubens nicht mehr automatisch. Da ist Kreativität gefragt und auch ein Zugang zur Jugendkultur.



Reinhard Hempelmann verlässt die EZW Ende April. Gegenüber pro hat er Bilanz über einige religiöse Entwicklungen in Deutschland gezogen.

Foto: EZW

Wie hat sich das evangelikale Milieu verändert?

Ich beobachte im Blick auf das evangelikale Spektrum ebenfalls das Auseinanderdriften der Milieus, von dem wir am Anfang sprachen. Die Verständigung zwischen konservativen Bekenntnisevangelikalen und Evangelikalen in pfingstlich-charismatischen Bewegungen ist schwieriger geworden. Man kann durchaus die Frage stellen, wie einheitlich die evangelikale Bewegung überhaupt noch ist und was in ihrem

online weiterlesen ... | pro-medienmagazin.de

Wie es nach dem Tod weitergehen könnte

Was kommt nach dem Tod? Alle Kulturen und Religionen der Welt haben sich diese Frage gestellt. Fabian Vogt hat mögliche Antworten in einem Fundus von 100 Stippvisiten diverser Jenseitsvorstellungen zusammengetragen. *Eine Rezension von Norbert Schäfer*

Der evangelische Theologe und Literaturwissenschaftler Fabian Vogt stellt in seinem Buch auf unterhaltsame und kurzweilige Weise den diesseitigen To-Do-Listen eine Liste diverser Erwartungen aus verschiedenen Kulturen und Epochen für die Zeit nach dem Tod entgegen. Die Sammlung teils skurriler Vorstellungen über das Jenseits und den Weg dorthin hat Vogt in 100 Episoden aufgeschrieben. Der Autor will in seinem Buch „100 Dinge, die du NACH dem Tod auf keinen Fall verpassen solltest“ Menschen den Druck nehmen, im irdischen Dasein möglichst viel von ihrer „Bucket-List“ abzuarbeiten. Also der Liste mit all den Dingen, die ein Mensch erlebt, oder all den Orten, die er besucht haben sollte, bevor er „den Löffel abgibt“ (englisch = „Kick the bucket“).

Der Autor stellt dem Wunsch vieler Menschen, möglichst viel aus ihrem irdischen Dasein herauszuholen, die Frage entgegen: Was kommt denn nun nach dem Tod auf uns zu? Seiner Meinung nach viel, eine ganze Menge. Vogt schreibt:

„Freuen Sie sich! Das Beste kommt erst noch. Und zwar das Allerbeste. Im Jenseits. Wirklich!“

Humor bei todernten Themen

Seiner nachdenklich stimmenden und humorvollen Sammlung stellt der Autor drei Zitate voran. Einmal das Bibelwort: „Und Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, weder Leid noch Geschrei noch Schmerz wird mehr sein; denn das Erste ist vergangen. Und der auf dem Thron saß, sprach: Siehe, ich mache alles neu.“ vielleicht noch die Stelle angeben? Es ist die biblische Perspektive auf das, was nach dem Tod sein wird und Menschen erwartet. Für Vogt wird die Auferstehung der Toten „ein Fest“, weil „sich Christinnen und Christen sicher“ sind, „dass der Tag der Apokalypse ein echtes Gesamtkunstwerk darstellt, weil da alles zusammenkommt: die Wiederkunft Christi, die Auferstehung der Toten und das ewige Leben“.

Dann zitiert Vogt den Komiker Woody Allen: „Natürlich gibt es eine jenseitige Welt. Die Frage ist nur: Wie weit ist sie von der Innenstadt entfernt, und wie lange hat sie offen?“ Das Zitat dient als ein Hinweis darauf, sich auch mit der nötigen Portion Humor der Frage zu stellen, was den Menschen nach dem Tod erwartet.

Als Drittes führt Vogt den Literaten Hermann Hesse an: „Es wird vielleicht auch noch die Todesstunde uns neuen Räumen jung entgegenschicken, des Lebens Ruf an uns kann niemals enden. Wohlan denn, Herz, nimm Abschied und gesunde!“ Darin spiegelt sich die Ungewissheit über das Jenseitige wider, aber auch die Hoffnungen, die Menschen mit ihrem Ableben verbinden.

Offenheit mitbringen

In der Spannung dieser drei Zitate führt Vogt den Leser auf eine Rundreise durch die Kulturgeschichte der Menschheit, zu einer Entdeckungsreise zu den damit verbundenen Werten und Idealen. Vogt liefert mit seiner Sammlung eine Fülle von Anstößen, sich einmal mit der eigenen Endlichkeit auseinander



Fabian Vogt zeigt mit seinem Buch „100 Dinge, die du NACH dem Tod auf keinen Fall verpassen solltest“ die Vergänglichkeit des irdischen Daseins

Foto: Bild von Michael Gaida auf Pixabay

zu setzen, aber auch „die herzliche Aufforderung, sich selbst auf den Zahn (der Zeit) zu fühlen und der eigenen Hoffnung bewusst nachzuspüren“. Das Buch eröffnet in kurzen Kapiteln auf unterhaltsame Weise unterschiedliche Blickwinkel auf das Jenseitige. Die christliche Perspektive nimmt dabei eine

 **online weiterlesen ...** | pro-medienmagazin.de



MEDIENRECHT

**ALLES, WAS RECHT IST RUND
UM BILDER, TEXTE UND DAS
INTERNET**

Termin: 4. Mai 2019

Ort: Wetzlar

Trainer: Dr. Daniel Kötz

Preis: € 145,00

Rechtliche Regeln beim Publizieren

Fotografieren, Bilder aus dem Internet laden oder auf Facebook posten, einen originellen Text aus einer Zeitung auf die eigene Webseite stellen – nicht alles, was geht, ist auch erlaubt. Wer auf einige Regeln achtet, spart sich eine Menge Ärger.

 [Hier anmelden](#) | *Medienrecht*

 **Seminare unter** | christliche-medienakademie.de

Impuls

KREUZWORT

Am Horizont leuchtet uns Ostern entgegen. Es ist der höchste Feiertag im christlichen Festkalender. Ostern ist ein fröhliches Frühlingsfest mit viel Brauchtum. Das neue Leben wird begrüßt. Doch es geht nicht zuerst um das neue Grün und frische Farben in der Natur. Gefeiert wird die Auferweckung des Herrn Jesus zu einem neuen Leben. Doch die nächste Woche blickt auf Jesu

Doch die nächste Woche blickt auf Jesu Tod, im Mittelpunkt der Karwoche steht das Kreuz.

Tod, im Mittelpunkt der Karwoche steht das Kreuz. Und das Wort vom Kreuz passt so gar nicht in diese Welt.

„Mit der Botschaft vom Kreuz ist es nämlich so: In den Augen derer, die verloren gehen, ist sie etwas völlig Unsinniges; für uns aber, die wir gerettet

werden, ist sie der Inbegriff von Gottes Kraft“. (1. Korinther 1,18).

Das war zu biblischen Zeiten schwer zu begreifen. Und heute erst recht. Ist unser Leben nicht geprägt vom 7/24-Takt? Sieben Tage die Woche, 24 Stunden rund um die Uhr ist Programm. Leben ohne Stillstand und ohne Stille. Doch die nächsten Tage wollen uns in die Stille führen und zum Kreuz. Dort entscheiden sich Wohl und Wehe dieser Welt und unseres Lebens. Karfreitag ist der Tag, an dem Jesus stirbt. Er verblutet geschunden und zerschlagen am Kreuz. Er wird hingerichtet wie ein Verbrecher. Alles ist aus. Das Licht der Hoffnung erlischt. Gott richtet die Welt. Doch die Strafe liegt allein auf Jesus, damit wir Frieden finden. Der Sohn Gottes trägt die Sünde der Welt. Und Gott will, dass alle Menschen sich darauf einlassen, Frieden finden und ein neues Leben gewinnen. Und das feiern wir Ostern.

Gesegnete Zeit,
Egmond Prill